

Gegen undemokratische Verbote

*Schreiben der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD
an die Besatzungsbehörden*

An die Amerikanische Militärregierung für Deutschland
An die Britische Militärregierung für Deutschland
An die Französische Militärregierung für Deutschland
An die Sowjetische Militärverwaltung für Deutschland
An den Alliierten Kontrollrat für Deutschland

Im Namen der Arbeitsgemeinschaft der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) und der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) erheben die Unterzeichneten Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft bei den Militärregierungen in der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszone und beim Alliierten Kontrollrat in Berlin Protest gegen eine Reihe Verbotsmaßnahmen der Militärregierungen in der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszone, die gegen die Tätigkeit der Kommunistischen Partei Deutschlands, gegen die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft der SED-KPD, gegen die Einreise führender Politiker in die britische Besatzungszone und gegen eine Anzahl namhaft gemachter Drude-Erzeugnisse (Bücher, Broschüren und Zeitungen) gerichtet sind.

Diese Verbotsmaßnahmen widersprechen den demokratischen Grundsätzen, die im Potsdamer Abkommen der Alliierten Mächte dem deutschen Volke zugesichert wurden. Die Verbote richten sich in einseitiger Weise gegen die KPD und gegen die SED, während die anderen Parteien solchen Beeinträchtigungen ihrer Tätigkeit nicht ausgesetzt sind. Die Verbote erscheinen somit als gewisse Strafmaßnahmen gegen die beiden Parteien, weil sie für die durch die Frankfurter Beschlüsse vom 7. und 8. Januar 1948 gefährdete Einheit Deutschlands auf treten und weil sie sich gegen die mit dem Marshallplan verbundenen Beeinträchtigungen der Freiheit in der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands aussprechen.